

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg richtete an den Oberbürgermeister von Koblenz ein Danktelegramm.
— Der Reichstag hält am Dienstag seine nächste Plenarsitzung ab; zur Beratung steht das Gesetz über den 5-Uhr-Laden-schluß am Heiligabend.
— Der italienische König hat zum ersten Mal, seit es ein Königreich Italien gibt, dem Papst einen Besuch abgestattet.
— Amerika will im Ostasien-Konflikt zunächst keine weiteren Schritte unternehmen.
— Die Inhaber des Privat-Bank- und Kommissions-geschäfts Gebrüder Herrmann, Hans und Paul Herrmann, in Treysa im Bezirk Kassel haben sich nach Verübung größerer Depotunterschlagungen freiwillig bei der Staats-anwaltschaft Marburg gestellt.
— Bei einem Explosionsunfall auf der Dortmunder Union wurden sieben Arbeiter lebensgefährlich verletzt.
— Unter dem Verdacht der Mitwisserschaft an dem von dem Leipziger Kaufmann Tegner auf der Bandstraße bei Regensburg verübten Mord wurde eine dritte Person, das Serviermädchen Katharina Nagel aus Regensburg, verhaftet.
— Soeben ist mit einer Feler der große Tunnel durch den Apennin beendet worden. Der neue Tunnel mit seinen 18,5 Kilometer Länge ist um 1219 Meter länger als der Simplon-Tunnel.
— In Athen haben wegen Ablehnung einer Welt-nachhilfe alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Straßenbahnen, der Straßenbahn, der Gaswerke, der Elektrizitätsgesellschaften, der Omnibusgesellschaften sowie die Privatwagenführer den Streik proklamiert.

Die Steuerentzerrung.

Die Pläne des Reichsfinanzministers.

— Berlin, 6. Dezember.

Die seit Jahren eine ansteigende Tendenz aufwelen den Ausgaben des Reiches und der Länder haben die gesamte Wirtschaft mit Steuern überlastet. Nun hat man zwar auch vor dem Kriege schon das Steuern-zahlen nicht gerade als die angenehmste Beschäftigung des Staatsbürgers empfunden, doch kann man diese Klagen mit den heutigen nicht in Parallele stellen. Heute drücken die Steuern tatsächlich auf die Wirtschaft, und in einigen Wirtschaftszweigen gehören auch die Steuern zu den Elementen, die diese Produktions-zweige fast erdrücken.

Von der Notwendigkeit einer Steuerreform ist schon seit langem die Rede. Zwischen durch erfährt man auch von Vorschlägen und Entwürfen, die im Reichs-finanzministerium fertiggestellt worden sind und die nur noch darauf warten, veröffentlicht und verwirklicht zu werden. Gemeinsam haben diese Entwürfe das, daß sie sämtlich verbesserungsfähig sind. Im einzelnen enthalten sie teilweise begründete Vorschläge, teilweise Anregungen, die kaum Zustimmung finden werden.

Die große Masse des Volkes interessiert zunächst die Reform der Einkommensteuer. Wie verläuft, soll die Senkung der Einkommensteuer sowohl den Lohnsteuerpflichtigen als auch den Veranlagten zugute kommen und durchschnittlich 25 Prozent betragen. Daneben will man die Höchstbesteuerung von 40 Prozent auf 33 Prozent herabsetzen. Allerdings — und dagegen wird sich starker Widerstand geltend machen — soll diese Steuerentzerrung in drei Stappen mit einem Abstand von je einhalb Jahren durchgeführt werden. Auch das Existenzminimum, das bisher 1200 Mark für den Lebigen beträgt, soll erhöht werden, und zwar für den Lebigen auf 1800 Mark und für den Verheirateten mit zwei Kindern auf 3000 Mark. Die Erhöhung des Existenzminimums soll allerdings nicht sofort, sondern wohl erst in der zweiten Etappe der Steuerentzerrung durchgeführt werden.

Weiter ist eine Freistellung aller steuer-pflichtigen Vermögen bis zu 25000 Mark beabsichtigt. Die Steuerkosten für die Einziehung dieser Zinsen der Vermögenssteuer sind verhältnismäßig hoch. Schließlich soll die Zinssteuerbelastung aus dem Damesplan aufgehoben werden, allerdings nicht auf einmal, sondern ebenfalls in drei Stappen, und zwar jeweils um 100 Millionen Mark.

Im Mittelpunkt der künftigen Steuerdiskussion steht aber vorwiegend die Neuregelung der Real-steuern. Bisher ist eine Senkung der Realsteuern um 10 Prozent beabsichtigt, so daß der Realsteuer-pflichtige im kommenden Steuerjahr nicht mehr als 90 Prozent der bisher abgeführten Realsteuern zu zahlen hätte. Der Ausfall soll den Gemeinden zu-rückfließen werden, und zwar dergestalt, daß sie fünf Prozent unmittelbar vom Reich erhalten und fünf Prozent auf dem Umweg über die Länder. Außerdem wird ein Sperrgesetz gegen Erhöhung von Realsteuern vorbereitet, das zunächst fünf Jahre gelten soll. Um nun den Gemeinden einen beweglichen Steuerfaktor zu geben, der Ausgleichsmöglichkeiten gibt, ist eine soa-nannte Kopfsteuer beabsichtigt, die von jedem zu zahlen wäre, der das Gemeindevahlrecht besitzt. Um diese Frage wird wohl in den kommenden Wochen die stärkste Auseinandersetzung stattfinden. Ueber die Höhe dieses Zuschlages sind die Meinungen verschie-den. Man spricht von einem zwischen acht bis zwölf Mark schwankenden Jahresbetrag. Unterschiede zwischen Verheirateten und Lebigen, auch Staffelungen werden wohl dabei stattfinden. Für später ist eine Relation zwischen Realsteuern und Kopfsteuer beab-sichtigt.

Da in sozialdemokratischen Kreisen die Kopfsteuer hart abgelehnt wird, sind auch andere Steuerarten erörtert worden, die an Stelle der Kopfsteuer zu treten hätten, so Zuschlagsrecht der Gemeinden zur Einkommensteuer, eine Wohnraumsteuer und eine

Erhöhung der Getränkesteuer. Außer diesen Steuer-plänen ist noch eine Senkung der Gesellschaftsteuer und der Wertpapiersteuer auf die Hälfte des bisher-igen Satzes beabsichtigt. Dazu tritt eine Senkung der Kapitalertragssteuer für neu ausgegebene festverzins-liche Werte.

Die Steuerentzerrungspläne verlangen aber auch eine Deckung. Selbst wenn man vorläßt, daß der Young-plan, der ja heute noch nicht endgültig angenommen ist, etwa 700 Millionen Mark Ersparnisse bringt — die Zahl ist im einzelnen unstritten — so würde das doch nicht ausreichen, denn allein zur Deckung des Nach-tragsbetrags 1929/30 sind selbst bei Abstrichen doch un-gefähr 250 Millionen notwendig. Es bliebe also hier ein Rest von 400 bis 450 Millionen Mark übrig. Infolgedessen ist eine Erhöhung der Biersteuer um 180 Millionen Mark und eine Erhöhung der Tabak-steuer um 200 Millionen Mark beabsichtigt. Bei der Biersteuer will man die Länder an ihrem Auf-kommen beteiligen, um so den Widerstand Bayerns zu beseitigen. Insgesamt würde dadurch ein Betrag von etwa 380 Millionen Mark zur Steuerentzerrung zur Verfügung stehen. Von diesem Betrag gehen allerdings die Summen ab, die für das Weltprogramm und das ohne Zweifel dringende erforderliche Ostprogramm vor-gesehen sind.

Das ganze Finanzprogramm ist deshalb schwierig, weil es eng mit der außenpolitischen Lage zusammen-hängt. Infolgedessen ist auch bisher kein Etat vor-gelegt worden. Das Kabinett wird wohl zunächst den Ausgabenetat erarbeiten und inzwischen den Versuch machen, ein Finanzprogramm fertigzustellen, so daß nach dem Ausgang der Haager Konferenz sowohl über Etat wie Finanzprogramm im Reichstag beraten werden kann. Es erübrigt sich, bereits jetzt schon heraus-zustellen, daß im Zusammenhang mit dieser Finanz-tragen sehr ernste politische Diskussionen und Aus-inandersetzungen stattfinden werden.

Richtlinien für Wohnungswesen

Kurze Unterbrechung der Plenarberatungen. — Am Dienstag Beratung des Gesetzes über den 5-Uhr-Laden-schluß am Heiligabend.

— Berlin, den 6. Dezember 1929.

In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Reichstag mit kleineren Vorlagen, u. a. auch mit den Richtlinien für das Wohnungswesen. End-gültig verabschiedet wurde die Novelle zum Genossen-schaftsgesetz, die Zusammenschlüsse erleichtern soll. Einem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses folgend ge-nehmigte der Reichstag die Strafverfolgung der Kom-munisten Roenen und Dengel sowie die der National-sozialisten Straffer und Goebels. Am Freitag und Sonnabend finden mit Rücksicht auf die Landtags-wahlen in Thüringen keine Plenarsitzungen statt.

Die Richtlinien für das Wohnungswesen nennen als nächste Aufgaben die Herausnahme der Haushaltungen und Familien, die bisher mit anderen Haus-haltungen zusammen in überbelegten Wohnungen unter-gebracht waren, Räumung der abbruchreifen Wohnungen und Herausnahme der Familien aus solchen Wohnverhältnissen, die dringend gesund werden müssen, Herausnahme be-sonders der kinderreichen und gesundheitlich gefährdeten Familien aus überfüllten oder unzureichenden Wohnun-gen, Schaffung neuer Wohnungen für gewerbliche Arbeiter an den durch Umsiedlung und Rationalisierung der Be-triebe sich ergebenden Standorten, Festhaltung von Land-wirten und Landarbeitern auf dem flachen Lande durch Anbindung an eigener Scholle sowie durchgreifende Woh-nungsaufsicht und Wohnungspflege zur Sicherung einer pflichtigen Behandlung der Wohnräume.

Bei den Richtlinien für die Finanzierung wird u. a. festgesetzt, daß die Hauszinssteuer ausschließlich für den Wohnungsbau, und zwar nur für Kleinwohnungen, ver-wendet werden soll. Die Mieten sollen für die breiten Massen wirtschaftlich tragbar sein und für minderbemittelte kinderreiche Familien 15 Prozent des Einkommens nicht übersteigen. Für die Sicherung der Baukosten-zuschüsse und Mietvorauszahlungen, die Neubauten viel-fach leisten müssen, sollen die erforderlichen Schutzmaß-nahmen getroffen werden. Reichsmietengesetz, Mieterchutz-gesetz und Wohnungsmangelgesetz sollen auch weiterhin auf-recht erhalten bleiben.

In der Debatte kritisierte Abg. Bill (Dem.) das Gutachten des Reichsanwaltspräsidenten gegen Auslandsanleihen für Wohnungsbauten. Ausgaben für Wohnungsbauten seien produktive Ausgaben. Abg. Bielefeld (Ztr.) betonte, daß private Baugesellschaft habe auch in den Nachkriegsjahren seine Leistungsfähigkeit bewiesen, es müsse deshalb bei der Ver-wendung der Hauszinssteuerbeträge berücksichtigt werden. Abg. Strödel (Komm.) äußerte, es fehlten noch 4½ Mil-lionen Wohnungen. Abg. Winnefeld (D. Vp.) forderte Woh-nungen für die Arbeiter im westlichen Industriegebiet. Die Regierung müsse insbesondere auch den Wucher mit zwanagsbereicherten Wohnungen bekämpfen. Abg. Lude (Wirtschp.) erklärte, das System der Wohnungszwangswirtschaft habe vollkommen verlagert. Auf dem Wege der Reichsrichtlinien wollte man die „harte Sozialisierung“ des Hausbesitzes.

Der Reichstag unterbrach dann die Weiterberatung und vertagte sich auf Dienstag. Außerdem soll am Dienstag auch der Gesetzentwurf über den 5-Uhr-Laden-schluß am Heiligabend beraten werden.

Verstärkte Ordnungsbestimmungen.

Im Hinblick auf die Armut in der Mittwochs-abendigung des Reichstags beschloß der Geschäftsord-nungsausschuss eine Verstärkung der Ordnungsbestimmungen. In erster Linie ist die Wortentziehung ver-stärkt worden. Falls ein Abgeordneter sich weigert, der Ausschlussforderung des Präsidenten Folge zu

leisten, zieht er sich sofort den Ausschluß auf 30 Sitzungstage zu. Für diese Zeit soll auch die Berechtigung zum Bezuge der Diäten und zum Bezuge der Fahrkarte ruhen. Die Herbeiführung von Reichs-ministern soll nur noch bei Unterstützung durch 30 Abgeordnete möglich sein. Gegen diese Verstärkungen stimmten nur die Kommunisten; die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

Wohnungen für Schwerkriegsbeschädigte. Bereitstellung von Mitteln durch den Reichsarbeitsminister.

Der Reichsarbeitsminister hat aus Rücklagen des Wohnungsfürsorgefonds zur Förderung des Wohnungs-baus für Schwerkriegsbeschädigte neue Mittel bereit-gestellt. Es handelt sich dabei um eine den früheren Ueberweisungen gegenüber verhältnismäßig kleine Summe. Nach der Bestimmung des Reichsarbeitsmini-sters dürfen diese Mittel nach Benehmen mit den zu-fälligen Hauptverorgungsämtern nur Schwerkriegs-beschädigten zugute kommen, die einen Bewilligungs-bescheid oder bindenden Zwischenbescheid über eine Kapitalabfindung erhalten und mit dem Bau begonnen haben, aus Mangel an Mitteln die Abfindungssumme aber nicht erhalten können. Die Mittel sollen vorzugs-weise in Fällen verwendet werden, in denen der Schwer-kriegsbeschädigte durch das Ausbleiben der Kapitalab-findung in Not geraten würde. Nur solche Schwer-kriegsbeschädigte kommen in Frage, für die neue Woh-nungen in Eigenhäusern erstellt werden.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Minderlaß des Ministers für Volkswirtschaft entnimmt, soll die Verteilung der für Preußen bereitgestellten Summe in einigen Tagen in Verbindung mit der Bau- und Bodenbank, die diese Mittel treuhänderisch ver-waltet, vorgenommen werden.

Konferenz der Agrarminister.

Minister Dietrich erläutert die Agrarzollvorlage. — Der Hebel für die Sanierung liegt bei der Vieh-wirtschaft.

— Berlin, 6. Dezember.

Reichsernährungsminister Dietrich-Baden hatte im Gebäude des Reichslandwirtschaftsministeriums eine Be-sprechung mit den Landwirtschaftsministern der deut-schen Länder. Zur Erörterung stand die kürzlich vom Kabinett verabschiedete Agrarzollvorlage.

Minister Dietrich äußerte bei dieser Gelegenheit, bei den Verhandlungen mit Polen sei man nicht über das Angebot der früheren Regierung hinausgegangen. Die Beschränkungen wegen der polnischen Schweine-einfuhr seien unbegründet; die Einfuhr werde überdies auch auf hygienemäßiger Grundlage erfolgen. Eine Besserung der Verhältnisse auf den Kartoffelmärkten habe die Schaffung einer Absatzorganisation zur Vor-aussetzung. Ein Standardisierungsgesetz für Kartoffeln sei in Vorbereitung. Der Vermählungszwang werde durchgeführt; die Stützungsversuche für den Roggen hätten nicht ausgereicht. Der härteste Hebel für die Gesundung der Landwirtschaft liegt ohne Zweifel bei der Viehwirtschaft. Er sei sich jedoch klar dar-über, daß auch die östliche Landwirtschaft, vor allem der Roggen- und Kartoffelbau, unter allen Umständen am Leben erhalten werden müßten. Dem trage die Agrarzollvorlage der Regierung Rechnung.

Wenn die Vorlage verabschiedet sei, dürfe das Zollproblem vorerst als erledigt betrachtet werden. Die nächste Forderung sei eine grundlegende Umstellung der Landwirtschaft in bezug auf Produktion und Ab-satz, eine Aufgabe, der sich Regierung und Landwirt-schaft mit ganzer Kraft zuwenden müßten.

Deutsch-polnisches Roggenyndikat?

Sein Zweck: Stabilisierung der Preise. — Verhand-lungen bereits im Gange.

Am Donnerstag haben in Berlin Verhandlungen über die Bildung eines deutsch-polnischen Roggenyndikats begonnen. Es handelt sich bei diesen Erörterun-gen darum, ein gegenseitiges Unterbieten der beiden einzigen Roggenausfuhrländer Deutschland und Polen auf den Weltmärkten auszuschalten. Man erhofft von einer solchen Regelung eine wesentliche Stützung der Roggenpreise, vor allem aber die für den Roggen notwendige Preisstabilisierung. Die Konferenz dürfte zwei bis drei Tage dauern. Zum Abschluß einer Konvention wird es erst kommen, wenn Deutschland ein Roggenhandelsyndikat geschaffen hat, ähnlich wie es in Polen bereits besteht. Die Vorbereitungen hierzu sind seit einiger Zeit im Gange.

Die deutschnationale Krise.

Die Sezession beendet? — Vor dem Zusammentritt der Parteivertretung.

In den Kreisen der deutschnationalen Reichstags-fraktion neigt man dazu, die Krise mit dem Austritt der zwölf Reichstagsabgeordneten und der Niederle-gung des Fraktionsvorsitzes des Grafen Westarp als vorläufig beendet anzusehen. Bereits in den nächsten Tagen sollen sich die maßgebenden Parteiführer ver-sammeln, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.